

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 3700

der Abgeordneten Marie Luise von Halem

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 5/9412

Neue Probleme beim Start des Landesschulamtes?

Wortlaut der Kleinen Anfrage 3700 vom 11.08.2014:

Für den Start des durch Gesetz zum 1. Oktober 2014 zu errichtenden neuen Landesschulamtes ist es erforderlich, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Zentralstelle an einer Stelle unterzubringen und mit allen anderen kooperierenden Behörden und Regionalschulämtern datentechnisch zu vernetzen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welcher Raumbedarf ist für die neue Landesbehörde kalkuliert, wie viele Personen sollen im Landesschulamts/Zentralstelle arbeiten?
2. Welche Maßnahmen hat das MBSJ unternommen, um eine geeignete Liegenschaft dauerhaft anzumieten, welche Städte oder Gemeinden sind in die Suche nach einem Behördenstandort einbezogen worden?
3. Trifft es zu, dass an dem bisher in Potsdam favorisierten Standort der beabsichtigte Mietvertrag nicht realisiert werden konnte? Wenn ja, aus welchem Grund?
4. Welche Alternativen stehen für einen Mietvertrag noch zur Verfügung und bietet der Ausweichstandort Platz für das vollständige Raumprogramm?
5. Für wie realistisch hält das MBSJ den Plan, zum 1.10.2014 alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in angemessenen Räumen unterzubringen?
6. Welche Auswirkungen hat es auf die geplante Arbeit des Landesschulamtes, dass zum 1.10. weder die Leitung noch die erforderliche Unterbringung gesichert ist?
7. Wie beurteilt die Landesregierung die Möglichkeit, das Landesschulamts z.B. am Standort der aufzulösenden Schulämter Wünsdorf oder Eberswalde unterzubringen?
8. Trifft es zu, dass die endgültige Unterbringung des Landesschulamtes in ca. drei Jahren auf der Liegenschaft des MASF, also in unmittelbarer Nähe zum MBSJ erfolgen soll?
9. Welche Gründe sprächen dagegen, die sechs Schulämter auf vier zu reduzieren, diese aber besser auszustatten und die Schulämter wie bisher durch das MBSJ direkt steuern zu lassen?

Namens der Landesregierung beantwortet die Ministerin für Bildung, Jugend und Sport die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1:

Welcher Raumbedarf ist für die neue Landesbehörde kalkuliert, wie viele Personen sollen im Landesschulamts/Zentralstelle arbeiten?

Zu Frage 1:

Der genehmigte Raumbedarfsplan für die Hauptstelle des Landesschulamtes in Potsdam weist einen Raumbedarf von insgesamt 1.633 qm aus, davon 996 qm Büroraum für 80 Arbeitsplätze und 637 qm für Funktionsräume (u. a. Teeküchen, Beratungsräume, Räume für Bibliothek, IT- und Kopiertechnik, Archiv und Lager).

Frage 2:

Welche Maßnahmen hat das MBJS unternommen, um eine geeignete Liegenschaft dauerhaft anzumieten, welche Städte oder Gemeinden sind in die Suche nach einem Behördenstandort einbezogen worden?

Zu Frage 2:

Die Landesregierung hat gemäß § 12 Abs. 1 des Landesorganisationsgesetzes in der zu diesem Zeitpunkt geltenden Fassung als Sitz des Landesschulamtes die Stadt Potsdam bestimmt. Nachdem der Landtag das Schulbehördenreformgesetz am 26.02.2014 beschlossen hatte, hat die oberste Schulbehörde dem im Rahmen des Vermieter-Mieter-Modells für das Liegenschaftsmanagement zentral zuständigen Brandenburgischen Landesbetrieb für Liegenschaften und Bauen (BLB) Anfang März 2014 den genehmigten Raumbedarfsplan mit der Bitte übergeben, Vorschläge für die Unterbringung in Potsdam zu unterbreiten.

Frage 3:

Trifft es zu, dass an dem bisher in Potsdam favorisierten Standort der beabsichtigte Mietvertrag nicht realisiert werden konnte? Wenn ja, aus welchem Grund?

Zu Frage 3:

Für den Standort des Hauptsitzes in Potsdam wurde mehr als eine Immobilie in die Prüfung einbezogen. Es trifft zu, dass ein für die Zeit bis zur endgültigen Unterbringung auf einer landeseigenen Liegenschaft übergangsweise geeignetes Objekt nicht angemietet werden konnte. Von der Anmietung musste Abstand genommen werden, weil die Liegenschaft nicht bedarfsgerecht zum 1. Oktober 2014 zur Verfügung gestellt werden kann.

Frage 4:

Welche Alternativen stehen für einen Mietvertrag noch zur Verfügung und bietet der Ausweichstandort Platz für das vollständige Raumprogramm?

Frage 5:

Für wie realistisch hält das MBJS den Plan, zum 1.10.2014 alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in angemessenen Räumen unterzubringen?

Frage 8:

Trifft es zu, dass die endgültige Unterbringung des Landesschulamtes in ca. drei Jahren auf der Liegenschaft des MASF, also in unmittelbarer Nähe zum MBJS erfolgen soll?

Zu den Fragen 4, 5 und 8:

Es wird zum 1. Oktober 2014 für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landesschulamtes am Hauptsitz in Potsdam eine angemessene Unterbringung gewährleistet, bis im Herbst 2015 die endgültige Unterbringung realisiert werden kann.

Der Hauptsitz des Landesschulamtes in der Landeshauptstadt Potsdam kann ab Herbst 2015 endgültig in zwei Bürogebäuden auf der Liegenschaft Heinrich-Mann-Allee 103 in Potsdam untergebracht werden. Bis dahin werden ab 1. Oktober 2014 zunächst 40 Arbeitsplätze (Leitungsbereich einschließlich der Abteilungen 1 und 2) in Bürocontainern und einem Bürogebäude in der Heinrich-Mann-Allee 103 untergebracht. Die übrigen Arbeitsplätze verbleiben übergangsweise in der Karl-Marx-Straße (Abteilung 3 Lehreraus- und -weiterbildung, Personalvertretung, Schwerbehindertenvertretung und Gleichstellungsbeauftragte) bzw. in der Heinrich-Mann-Allee 107 (Abteilung 4 IT-Fachverfahren).

Frage 6:

Welche Auswirkungen hat es auf die geplante Arbeit des Landesschulamtes, dass zum 1.10. weder die Leitung noch die erforderliche Unterbringung gesichert ist?

Zu Frage 6:

Zum 1. Oktober 2014 werden – mit Ausnahme der Präsidentin – sowohl alle Leitungsstellen des Landesschulamtes besetzt als auch die Unterbringung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am Hauptsitz des Landesschulamtes in der Landeshauptstadt Potsdam gesichert sein.

Frage 7:

Wie beurteilt die Landesregierung die Möglichkeit, das Landesschulamt z.B. am Standort der aufzulösenden Schulämter Wünsdorf oder Eberswalde unterzubringen?

Zu Frage 7:

Die Landesregierung hat durch Kabinettsbeschluss vom 5. November 2013 zum Schulbehördenreformgesetz die Landeshauptstadt Potsdam als Hauptsitz des Landesschulamtes bestimmt. Da alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dort ab 1. Oktober 2014 übergangsweise und ab Herbst 2015 endgültig in landeseigenen Liegenschaften untergebracht werden können, besteht kein Anlass, diese Entscheidung infrage zu stellen.

Frage 9:

Welche Gründe sprächen dagegen, die sechs Schulämter auf vier zu reduzieren, diese aber besser auszustatten und die Schulämter wie bisher durch das MBS direkt steuern zu lassen?

Zu Frage 9:

Mit der Bildung des Landesschulamtes wird insbesondere eine weitere Konzentration der Aufgabenwahrnehmung des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport als oberste Schulbehörde auf ministerielle Kernaufgaben, wie die Wahrnehmung der Dienst- und Fachaufsicht sowie der politischen Steuerung, angestrebt. Schon dieser Gesichtspunkt der Verwaltungsmodernisierung widerspricht dem von der Fragestellerin entworfenen Szenario; die Errichtung des Landesschulamtes gewährleistet die landesweit einheitliche Steuerung der Wahrnehmung von schulaufsichtlichen Aufgaben und sichert die Vereinheitlichung von Geschäftsprozessen im Sinne einer Standardisierung. Aber auch die Frage nach einer höheren personellen Ausstattung stellt sich nicht vor dem Hintergrund der Personalbedarfsplanung der Landesregierung; aus der Errichtung des Landesschulamtes ergeben sich personelle Synergieeffekte, ohne dass die in der unteren Schulaufsicht augenblicklich bestehende Anzahl von 52 Schulrätinnen und Schulräten verringert wird, sodass die Sicherung der Schulqualität und die Begleitung bildungspolitischer Vorhaben langfristig gewahrt sind.

Zu den ausführlich diskutierten Gründen der Bildung eines Hauptsitzes und der 4 Regionalstellen in Brandenburg a.d.H., Cottbus, Frankfurt (Oder) und Neuruppin wird auf die Begründung zum Gesetzesentwurf der Landesregierung (LT-Drs. 5/8125) sowie auf die einschlägigen Ausführungen der Mitglieder der Landesregierung und der Abgeordneten der die Landesregierung tragenden Fraktionen im Rahmen der parlamentarischen Beratungen (insb. Plenarprotokolle 5/84 und 5/89) und der in der 49. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport am 9. Januar 2014 Angehörten (P-ABJS 5/49) verwiesen.